

## NSBB

Ob den neuen Nazis ein Parteienverbot wirklich schaden würde, ist eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Dass sie durch eine fortgesetzte, ratlos wirkende Verbotsdebatte interessant gemacht werden, liegt dagegen auf der Hand. „Der Rechtsextremismus“, sagt Dr. Andreas Klärner<sup>1</sup>, Soziologe am Hamburger Institut für Sozialforschung, „ist zu einer sozialen Bewegung geworden.“ Und er listet acht Merkmale einer sozialen Bewegung auf, die allesamt auf den gegenwärtigen Neonazismus in Deutschland zutreffen - darunter die sozialrevolutionäre Attitüde, die lockere Gebundenheit der Anhänger, das Demo-Netzwerk, die pauschale Politikkritik, das Uneinheitliche und die Unfähigkeit zum strategischen Handeln. Eine solche Bewegung braucht zur Selbstvergewisserung einen Spiegel bürgerlich-moralischer Entrüstung.

Klärner hat vier Jahre lang direkt am unheimlichen Objekt geforscht und es beobachtet, in einer ostdeutschen Stadt mittlerer Größe, die er in seiner Studie A-Stadt nennt. Was er aus Gesprächen mit Nazikadern und aus Betrachtungen von Kameradschaftsabenden und Veranstaltungen mitbringt, ist vor allem unter *einem* Gesichtspunkt beeindruckend: mit der Breite der nazistischen Bewegung differenzieren sich auch deren politische Optionen. „Die Gewalt von rechts“, sagt Klärner, „wird in der Gesellschaft so breit abgelehnt, dass der Rechtsextremismus in ein Dilemma hineingerät.“ Entweder verzichte man auf Gewalt, oder man werde auch im rechtsbürgerlichen Lager marginalisiert. Gewalt ist *das* Hindernis beim „Marsch in die Mitte der Gesellschaft“. Selbst Schläger machten die Erfahrung, dass Gewalt sinnlos sei. Daher werde von den politischen Nazikadern ein expliziter Verzicht auf Gewalt zelebriert. Und die größeren demokratischen Gegendemonstrationen nagten mächtig am rechtsextremen Selbstbewusstsein.

Damit jedoch, so Klärner, entfalte sich ein für die Rechte neuer, schwieriger Widerspruch - nämlich derjenige zwischen einer taktischen Zivilisierung und den radikal bleibenden politischen Zielsetzungen. Die öffentliche Selbstdarstellung als gewaltfrei, als Opfer von undemokratischer Polizeirepression beschwöre bewegungsintern ein neues Missverständnis herauf. Die Botschaft der angeblichen „Gewaltfreiheit“, an die Öffentlichkeit gerichtet, führe bei den eigenen Anhängern zu einer wachsenden Verunsicherung.

Gerade weil die rechtsextreme „Weltanschauung“ radikal bleibe, geprägt durch eine Ablehnung der modernen Lebensform und eine Hoffnung auf Bürgerkrieg und den „Aufstand des deutschen Volkes“, müsse die Botschaft der Friedfertigkeit an der eigenen Basis Frustrationen auslösen und im rechtsextremen Lager zu Spannungen führen.

Der gegenwärtige Rechtsextremismus stehe daher vor einem zweifachen Ambivalenz-Problem. Zum einen nach außen: die Tarnung seiner eigentlichen Ziele kollidiere mit dem Anspruch auf Radikalität. Zum andern nach innen: die Anhänger sollen ordentlich werden, aber man könne sie nur durch radikale, ge-

---

<sup>1</sup> am 27.9.07 im HIS, Mittelweg 36

walztätige Phantasien bei der Stange halten. Und endlich fällt das Wort, das empfindliche grüne Ohren schon den ganzen Abend gefürchtet hatten: die NPD-„Realos“ (!) hätten so lange Oberwasser, wie sich Wahlerfolge durch Mäßigung und bürgernahes, manierliches Auftreten einstellten. So lange lasse sich auch der gewalt-affine Rand einbinden. Nun aber, wo seit einiger Zeit der Wählerzuspruch wieder schwinde, bekämen die NPD-„Fundamentalisten“ wieder Auftrieb. Darin sieht der Soziologe eine Erklärung für die in 2006 explodierenden Zahlen rechtsextremer Gewalttaten.

Auftrieb bekomme damit auch der NSBB, wobei BB für Black Block steht. Das habe auch das NPD-Präsidium zu spüren bekommen, als es die wilden Exzesse dieses - nach Antifa-Manier ganz in Schwarz gekleideten - Blocks in Frankfurt kritisiert habe. Ein Sturm der Entrüstung an der Parteibasis sei die Folge gewesen. Der radikal-oppositionelle Flügel der NPD gewinne wieder an Boden. Verteidigt werde von diesem das Recht der nationalistischen Jugend auf einen eigenen Stil. Und der drücke sich nicht nur auf der Straße, sondern auch in den innerrechten Chats aus, wo das Führerprinzip außer Kraft gesetzt sei und sich die Parteibonzen scharfe Kritik gefallen lassen müssten.

Führerprinzip im Internet? Das gibt's halt nicht. Vielleicht sehen wir hier auf eine der Sollbruchstellen totalitärer Politik im Zeitalter virtueller Zentrumslosigkeit.

Kurt Edler